

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Erfakasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50  $\text{M}$  (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 75  $\text{M}$ , für Versammlungsanzeigen 50  $\text{M}$  die Zeile.

## Betrachtungen zum englischen Bergarbeiterstreik.

Ueber drei Monate dauert jetzt der Streik, und wenn die Zeitungsnachrichten zutreffen, dann ist sein Ende so bald noch nicht zu erwarten. Ueber eine Million Arbeiter sind unmittelbar daran beteiligt. Dieser große Kampf der englischen Bergarbeiter, den auch die deutsche Arbeiterschaft mit regem Interesse verfolgt, ist von ganz besonderer Art. Und wer die Schwierigkeiten verstehen will, die sich seiner Beendigung entgegenstellen, darf nicht unterlassen, die Entstehungsgeschichte dieses Kampfes zu würdigen. Auf den Kampf waren nicht nur die unmittelbar daran beteiligten Kreise gefaßt. Er war im vorigen Jahre nur durch ein Entgegenkommen der Regierung aufgehalten worden, die für 9 Monate eine Subsidie von 2½ Schilling für die geförderte Tonne bewilligte. Sie sollte bezwecken, in dieser Uebergangszeit die Löhne der Bergarbeiter aufrechtzuerhalten und vielleicht inzwischen eine anderweitige Regelung herbeizuführen. Außerdem setzte die Regierung eine Kohlenkommission ein zur Untersuchung der Lage im Kohlenbergbau und sie erwartete von dieser Kommission positive Vorschläge. In diesem Punkt hat die Kommission allerdings versagt. Mit ihrem Bericht setzt sich in einem trefflichen Artikel in der „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz“ Professor C. Lederer, Heidelberg, auseinander:

Wie kann man sich — so fragt er — in dem Wald von Ziffern zurechtfinden? Hier ist in der Tat der ganze verwinkelte Aufbau der Unternehmungen dargeboten, ihre Kostenrechnungen, die Verschiebung in den Kosten, die Preise, die Gewinne. Wie weit sind wir in Deutschland noch von einer solchen Untersuchung entfernt — allerdings in den Büchern der Kohlenyndikate könnte man wohl auch alle die Aufschlüsse finden, die sich hier der Öffentlichkeit unverschämte darbieten. Wann werden sich diese Bücher öffnen?

Was lehren die Ziffern? Zunächst, daß sich die Lage des englischen Kohlenbergbaues rasch verschiebt. Daß der Kohlenbergbau eine konjunkturrempfindliche Industrie ist. Weiterhin, daß er im Durchschnitt eine verlustbringende Industrie ist, wenn gleich die Verluste selbst schwanken. Woher kommen die Verluste?

Die Kostenrechnungen belehren uns darüber, daß gegenüber der Vorkriegszeit die Löhne (in der Periode Mai 1924 bis Ende April 1925) gestiegen sind um 94 %; die übrigen Kosten um 104 %; die Gesamtkosten um 97 %. Geringer sind die Einkünfte lediglich gestiegen um 72 %. Die Einnahmen sind deshalb weniger rasch angestiegen, weil die Preise nicht in demselben Tempo wie die Kosten erhöht werden konnten und weil die Ergiebigkeit der Arbeit sank. „Wo vor dem Krieg 6 Arbeiter leben wollten, wollen heute sieben leben,“ wurde es im englischen Unterhause formuliert. Die Plöze werden unergiebig; man müsse zu größerer Tiefe vordringen. Die Produktivität der Arbeit sinke. Mit diesen pessimistischen Anschauungen steht allerdings im Widerspruch, daß besonders in den größeren und modernen Revieren der Anteil der Maschinenarbeit sehr rasch steigt (so hat sich in Schottland die Menge der durch Maschinen geförderten Kohle seit dem Jahre 1913 fast verdoppelt; auch in den andern Revieren steigt sie an). Ebenso sinkt die Zahl der Pferde. Die Maschine setzt sich auch hier durch, trotz des unrationellen Aufbaus. Aber diese Rationalisierung mit gleichzeitiger Verbilligung der Produktionskosten auf den großen Gruben schreitet offenbar nur langsam voran. Und selbst wenn man das noch relativ günstige erste Halbjahr 1925 zugrunde legt, beträgt ja der reine Verlust per Tonne Kohle 3 Pence. Das heißt, der gesamte englische Kohlenbergbau, in einen Trust verwandelt, wäre bei den Bedingungen des ersten Halbjahres 1925 verlustbringend. Die Gewinne der guten Gruben können die Gewinne der schlechteren nicht aufwiegen.

Die interessantesten Ziffern hierfür bringt die Nachweisung der einzelnen Gruppen von Gruben. Da zeigt sich ganz durchsichtig der Aufbau der englischen Kohlenindustrie: 613 Unternehmungen produzieren 95 % der Kohle; von ihnen erzeugen 396 Unternehmungen 58 % der Gesamtproduktion mit Verlusten, welche sich in den Grenzen von 3 Pence und 7 Schilling per Tonne bewegen. Geringer erzeugen die übrigen 217 Unternehmungen (alles für das erste Halbjahr 1925) 42 % der Kohle mit Gewinn, der von wenigen Pennys per Tonne bis zu 7 Schilling und mehr per Tonne beträgt. Ineinander gerechnet, ergibt sich ein durchschnittlicher Verlust von 3 Pence per Tonne.

Was bedeuten diese Ziffern (welche übrigens der Labourabgeordnete Hartshorn in einer interessanten Debatte des Unterhauses aus dem Berichte zitierte, um nachzuweisen, daß eine mechanische Verlängerung des Arbeits-

tages und Herabsetzung des Lohnes das Problem nicht generell zu lösen vermöchte)? Was heißt es, wenn der englische Kohlenbergbau mit 3 Pence Verlust per Tonne operiert?

Zunächst, daß bei etwa 240 Millionen Tonnen Jahresförderung der Gesamtverlust jährlich 60 Millionen Schilling gleich 3 Millionen Pfund ausmachen würde. Diese 3 Pence per Tonne bedeuten: 25  $\text{M}$  per Tonne, 25  $\text{M}$  per Doppelzentner und 1¼  $\text{M}$  per Zentner, das heißt eine Preisdifferenz, welche bei einer ganz geringfügigen Konjunkturerhöhung ohne weiteres einzubringen ist. — Aber selbst wenn man den Verlust mit 1 Schilling per Tonne annimmt, so betrüge er im Jahr nur 12 Millionen Pfund oder 1 Million Pfund monatlich, während gegenwärtig der tägliche Verlust infolge des Streiks auf 2 Millionen Pfund geschätzt wird (nach den Angaben im „New Leader“ vom 30. Juli 1926). Der „Economist“ glaubt gar, daß die Verluste bis Ende September (wenn der Konflikt vorher nicht geschlichtet sein wird) 320 Millionen Pfund (6½ Milliarden Mark) betragen werde. Dieser Betrag, nur 5 % verzinst, würde eine jährliche Rente von 16 Millionen Pfund möglich machen. Auch hier stehen die „Kriegskosten“ außer Verhältnis zum Streikobjekt.

Aber das ist nur ein Schein. In der Tat handelt es sich ja um mehr als den Verlust von 3 oder 10 oder 12 Millionen Pfund jährlich. — Dieser Verlust wäre aufzubringen. Er wäre nur ein vorübergehender Verlust, weil die Technik sicherlich Mittel und Wege finden würde, um diesen Verlust, selbst wenn er auf 12 Millionen Pfund im Jahr veranschlagt wird, wettzumachen. Sei es durch allmähliche Stilllegung der schlechten Zechen oder durch Steigerung des maschinellen Betriebs (der ohnedies in vielen Revieren rasch wächst), oder vielleicht durch das Verfahren zur Verflüssigung der Kohle usw.

Worin besteht also das Problem? Stellen wir uns vor, daß der ganze englische Kohlenbergbau einer Gesellschaft, einem Trust gehöre. Daß zum Beispiel durch einen raschen Konzentrationsprozeß, oder aber durch Fusionierung aller Zechen — zur Zeit, als sie noch ertragreich waren — in ein Unternehmen verschmolzen worden wären. Dann hätten wir ein riesiges Unternehmen des Kohlenbergbaus, das mit einem Verlust von 3, 10 oder selbst 12 Millionen Pfund jährlich arbeiten würde und wahrscheinlich unschwer auch diesen Verlust wettmachen könnte. Freilich, es würde keine Gewinne erzielen und würde selbst bei rückfälliger Anwendung des Monopols wahrscheinlich nicht die Rentabilität des deutschen Bergbaus erreichen. Würde aber die Volkswirtschaft darunter leiden? Nur insofern, als eine große Industrie nicht zur Akkumulation beitragen könnte. Aber weder würde das „Kapital abwandern“ — wohin sollte es denn wandern? —, noch würde man infolge dessen aufhören, Kohle zu produzieren.

Die Kohlenfrage wäre also gelöst, wenn alle Kohlenbergwerke Großbritanniens einen einzigen Besitzer hätten. In dessen Unternehmung würden sich alle Gewinne und Verluste ausgleichen und es bliebe nur die Sorge für das kleine Verlustsaldo übrig. Die Eigentümer der ertragreichen Gruben aber denken natürlich nicht daran, mit ihren Gewinnen die Verluste der schlechten Zechen zu decken. Warum sollten sie auch? Der Kohlenbergbau ist ökonomisch ja nicht eine Einheit, sondern besteht aus 613 Unternehmungen. Jede hat für sich einzustehen — das Schicksal der Nation kümmert sie zunächst nichts.

Aber aus dieser Lage ergibt sich logisch die Forderung — welche ja auch von der Arbeiterpartei vertreten wird —, den gesamten Kohlenbergbau in einem nationalen Trust zu vereinigen. Da aber die profitablen Unternehmungen in diesen Trust nur hineingehen würden, wenn ihnen ihre Gewinne garantiert werden — was ändert sich dann? So ist also das Problem nicht lösbar, wenn dieser Trust mit Gewinnansprüchen belastet würde. Daher drängt sich als weitere Forderung unerbittlich auf: eine Enteignung der Unternehmungen zum Zwecke organisatorischer Zusammenfassung. Bringen die Besitzer der englischen Kohlengruben dieses Opfer, so geschieht es auch, um dem Industrieförderungsgesetz Großbritanniens die Grundlage zu erhalten. Daher bietet sich als letzter Schritt dar: die Entschädigung der enteigneten Grubenbesitzer durch die Allgemeinheit auf dem Wege einer Anleihe, die von sämtlichen übrigen Wirtschaftszweigen zu zeichnen wäre. Denn ist es wirklich so, daß im Kohlenbergbau heute 7 Arbeiter nur so viel Kohle fördern als 6 Arbeiter vor dem Kriege, so hat sich eben die Ergiebigkeit der englischen Arbeit überhaupt gemindert. Dieses nationale Problem größten Stiles kann aber nicht durch das Opfer einer kleinen Gruppe allein gelöst werden. Da das Wirtschaftssystem Englands auf dem Prinzip des Profits beruht, so darf nicht plötzlich eine große Industrie profitlos werden, ohne den Zusammenhang der Gesamtwirtschaft gefährlich zu stören.

Was aber schlägt statt dessen die konservative Regierung vor? Sie mutet den Arbeitern eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde und eine Senkung der Löhne um etwa 10 % zu. Das heißt, die Arbeiter sollen durch

Mehrleistung und geringere Vergütung den ganzen Ausfall der Produktivität auf ihre Schultern nehmen. Noch nie wurde so drastisch demonstriert, daß der Profit aus Mehrarbeit und Lohnsenkung gebildet wird, und noch nie war so schlagend das Unternehmer- und Arbeiterinteresse kontrastiert. Und diese konservativen Forderungen werden in einer Zeit erhoben, in welcher jede Verlängerung des Arbeitslages in schreiendstem Widerspruch steht zu der großen Arbeitslosigkeit und in der — in dieser allgemeinen Krise — es die größten Schwierigkeiten machen würde, Profite wieder profitabel anzulegen. Kann man es den Arbeitern verübeln, wenn sie es ablehnen, die ganzen Kosten unklarer Organisation, verzögerten technischen Ausbaus, schwankender Marktlage auf sich zu nehmen, und wenn sie selbst das Risiko der allmählichen Kostensteigerung ablehnen und dieses Risiko der Gesamtwirtschaft zuschieben? Kann man ihnen diese Haltung verübeln, da sie ja doch weder auf die Gestaltung der englischen Volkswirtschaft, noch auf die Organisation des englischen Kohlenbergbaus im besonderen irgend einen Einfluß nehmen konnten? Auch jetzt hört man nichts davon, daß sie als Gegenleistung für ihre Opfer einen solchen Einfluß eingeräumt erhalten sollen. Sollen sie damit zufrieden sein, daß man ihnen lediglich die Rolle zuweist: ohne Wimperzucken die ganze Zechen zu bezahlen?

## Aufruf zur finanziellen Unterstützung der englischen Bergarbeiter.

Am 9. August erhielten wir ein Schreiben vom Generalrat des englischen Gewerkschaftsbundes, durch das wir in Uebereinstimmung mit den für die internationalen Hilfsaktionen bestehenden Bestimmungen ersucht wurden, eine Hilfsaktion für die englischen Bergarbeiter einzuleiten. Wir kommen dieser Aufforderung sofort nach und haben die Landeszentralen bereits erjucht, unverzüglich in der ihnen geeignet erscheinenden Weise Sammlungen einzuleiten. Wir zweifeln nicht daran, daß die internationale Arbeiterschaft mit Freuden bereit ist, den englischen Bergarbeitern in ihrem schweren Kampfe beizustehen und ihnen in gleicher Weise wie bei der soeben abgeschlossenen großen Unterstützungsfaktion zugunsten der ganzen britischen Gewerkschaftsbewegung internationale Solidarität zu beweisen.

Amsterdam, den 9. August 1926.

Internationaler Gewerkschaftsbund, Amsterdam.

Wie aus der vorstehenden Aufforderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes hervorgeht, hat der Generalrat der englischen Gewerkschaften angesichts der Fortdauer des schweren Kampfes, in dem die englischen Bergarbeiter seit über 3 Monaten stehen, den Antrag gestellt, eine Sammlung der internationalen Arbeiterschaft zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter in die Wege zu leiten.

Die deutsche Arbeiterschaft wird trotz der schweren Notlage, in der sie sich seit über dreiviertel Jahren befindet, hinter den Arbeitern der andern Länder in der praktischen Betätigung ihrer internationalen Solidarität nicht zurückstehen wollen. Sie hat von jeher in vorderster Linie gestanden, wenn es galt, ausländischen Kameraden im Kampfe beizustehen. Der Bundesvorstand wendet sich daher an alle Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, den englischen Bergarbeitern nach Kräften die erbetene Hilfe zu gewähren.

Der Bundesvorstand fordert hiermit die Ortsausführungen auf, die Unterstützungsbeiträge der Mitglieder entgegenzunehmen und baldmöglichst an die Bundeskasse in Berlin zur Weiterleitung an den IGB. abzuführen.

Der Vorstand  
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Wir schließen uns der Aufforderung des Bundesvorstandes an und ersuchen die Zahlstellen und Mitglieder unseres Verbandes, zu tun, was immer in ihren Kräften steht. Wie bisher bei allen Gelegenheiten, werden sie auch im vorliegenden Falle beweisen, daß sie gegenüber kämpfenden Arbeitsbrüdern stets eine offene Hand haben, um so mehr, als es hier der Bezeugung internationaler Solidarität gilt. Die Leitung der Sammlungen liegt in den Händen der Ortsausführungen. Ihren Anweisungen ist Folge zu leisten.  
Der Zentralvorstand.

## Helft den Erwerbslosen!

Noch immer ist die Zahl der Erwerbslosen riesengroß. Die Inangriffnahme der im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung vorgesehenen Arbeiten läßt zu lange auf sich warten. Es ist hohe Zeit, daß die zuständigen Stellen im Reich und in den Ländern endlich aus dem Stadium der Verhandlungen heraus und zum Handeln kommen. Wir stehen vor dem Herbst. Was hinsichtlich der Beschaffung von Arbeit geschehen kann und soll, muß möglichst sofort geschehen. Auf diese Notwendigkeiten haben kürzlich die Vertreter der



gewerkschaftlichen Spitzenverbände den Reichsarbeitsminister erneut hingewiesen; vor allem wurde die beschleunigte Durchführung von Notstandsarbeiten verlangt. Die Erwerbslosen fordern in erster Linie Arbeit; weist man ihnen solche nach, so verzichten sie gern auf jegliche Unterstützung. Soweit das nicht geschieht oder sich als unmöglich erweist, ist auf eine ausreichende Unterstützung zu bestehen. Auch diese Forderung ist dem Reichsarbeitsminister als durchaus dringlich vorgetragen worden, besonders aber auch die auf eine Verlängerung der Unterstützungsdauer; sie ist deswegen unumgänglich notwendig, weil tausende und aber tausende Erwerbslose ausgeteuert sind. Energisch verworfen wurde der Plan der Reichsregierung, die ausgeteuerten Erwerbslosen der Armenfürsorge zu überlassen. Die Vertreter der Gewerkschaften verlangten ausreichende Sicherheit, daß den langfristig Erwerbslosen die Unterstützung weitergezahlt wird. Dazu ist eine Verlängerung der Unterstützungsdauer vonnöten. Bekanntlich beträgt die Unterstützungsdauer 39 Wochen, sie kann auf 52 Wochen verlängert werden. Da mit dem Fortschreiten der Jahreszeiten die Zahl der Ausgeteuerten sich noch steigern dürfte, ist diese schnelle und energische Aktion der gewerkschaftlichen Spitzenverbände sehr zu begrüßen. Es wäre ein ungeheurerlicher Zustand, wenn die Erwerbslosen, als die unschuldigsten Opfer der kapitalistischen Wirtschaftskrise, der Armenpflege mit ihren Halbheiten und Gefahren überantwortet würden. Die Regierung wird sich nunmehr schließlic zu machen haben, was sie zu tun gedenkt. Wir nehmen nicht an, daß sie die Verantwortung auf sich nimmt, die bisherigen Zustände so weiter gehen zu lassen.

### Unsere statistischen Feststellungen vom 31. Juli 1926.

865 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 85 070 nachgewiesen, darunter 7524 Lehrlinge. Arbeitslos waren 17 261 oder 20,29 % und krank 1532 oder 1,82 %. Wie es in den einzelnen Provinzen und Freistaaten steht, zeigt folgende Tabelle:

Provinzen und Staaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind		
	Zahlstellen	Mitglieder	Lehrlinge	Arbeitslos	Krank
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	46	2897	327	636	31
Brandenburg	98	9866	783	1496	225
Pommern	55	3388	429	491	50
Grenzmark	11	505	92	118	8
Schlesien	83	8342	980	2203	130
Sachsen	72	5599	462	1175	110
Schleswig-Holstein	41	2698	288	466	48
Hannover	57	3694	215	764	45
Westfalen	30	1993	74	620	53
Hessen-Rheinland	15	2738	126	871	50
Rheinland-Pfalz	26	3321	178	1036	71
Sachsen-Anhalt	—	—	—	—	—
Preußen	534	45041	3954	9876	821
Bayern (Rheinpfalz)	76	5539	384	1404	114
Sachsen (Rheinpfalz)	6	224	29	39	10
Württemberg	61	15694	1699	2666	268
Baden	18	1666	63	125	36
Thüringen	11	1853	121	110	24
Sachsen (Rheinpfalz)	48	3688	280	920	69
Hessen	9	902	83	236	23
Mecklenburg-Schwerin	51	1789	169	260	45
Mecklenburg-Strelitz	8	235	20	19	9
Oldenburg	9	709	77	66	17
Braunschweig	13	719	51	162	16
Anhalt	10	695	71	147	13
Sachsen-Anhalt	3	141	12	28	4
Lippe-Deimold	3	82	11	36	1
Waldeck	—	—	—	—	—
Lippe	1	466	48	125	10
Bremen	1	1078	72	107	18
Hamburg	2	3623	342	425	18
Deutsches Reich	864	84143	7486	16751	1516
Danzig	1	927	38	510	16
Insgesamt	865	85070	7524	17261	1532

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 26. Juni hat sich die Arbeitslosenziffer von 21,88 auf 20,29 % verringert und die Krankenziffer von 1,74 auf 1,82 % erhöht. 84 Zahlstellen haben nicht berichtet.

Das Ergebnis vom 26. Juni stellt sich, nachdem noch 14 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 930 Zahlstellen mit zusammen 87 188 Mitgliedern, darunter 7805 Lehrlinge, waren 19 125 Mitglieder arbeitslos und 1521 krank. — Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 28. August.

#### Uebersicht über die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten in Prozenten:

1925 Mai ... 2,01	1925 Okt. ... 8,36	1926 März ... 39,79
Juni ... 1,91	Nov. ... 18,85	April ... 30,41
Juli ... 2,51	Dez. ... 36,97	Mai ... 24,41
August ... 5,24	1926 Januar 48,64	Juni ... 21,88
Sept. ... 5,18	Febr. ... 45,74	Juli ... 20,29

### Die dringlichsten Aufgaben der deutschen Sozialpolitik.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des letzten Jahrzehnts waren der sozialpolitischen Entwicklung wenig günstig. Dennoch sind gewisse Fortschritte gemacht worden, besonders im Gefolge der staatlichen Umwälzung. Bei dem, was nachher kam, handelte es sich im wesentlichen nur um einen Um- oder Ausbau bestehender sozialer Einrichtungen. Es hieße jedoch den kapitalistischen Charakter des heutigen Staates verkennen, wenn angenommen werden sollte, daß die erzielten sozialpolitischen Erfolge der Initiative der Regierung oder der herrschenden Klasse entstammten. Was erreicht wurde, war nur gegen den meist hartnäckigen und oft bössartigen Widerstand der maßgebenden industriellen und agrarischen Kreise möglich.

Der Kampf der Unternehmer und ihrer Verbände gegen die von ihnen wider besseres Wissen behauptete soziale Ueberlastung ist noch in aller Erinnerung. Die Veröffentlichungen des Reichsarbeitsministeriums über den wahren Sachverhalt auf dem Gebiet der Sozialversicherung und sozialen Fürsorge haben dem Unternehmertum zwar den Rückzug aufgezwungen. Deshalb haben sie jedoch den Kampf gegen die Fortsetzung der Sozialpolitik keineswegs aufgegeben. Nach wie vor ist der gesetzliche Arbeiterschutz, die Regelung der Arbeitszeit, die Tarifregelung, die Sozialversicherung sowie die Erwerbslosenfürsorge Gegenstand ihrer heftigsten Angriffe, wird fortgesetzt über die für die Wirtschaft unerträgliche Ueberspannung der sozialen Fürsorge gezetert und werden Versuche unternommen, die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Arbeiter sowie die ihnen zustehenden sozialen Leistungen zu verschlechtern.

In diesem Kampfe gegen die Arbeiterschaft wie gegen eine fortschrittliche sozialpolitische Entwicklung finden die Unternehmer in der andauernd schlechten wirtschaftlichen Lage die nachhaltigste Unterstützung. Schon seit Jahren haben die wirtschaftlichen Verhältnisse diese Entwicklung in ungünstigster Weise beeinflusst. Stand doch zum Beispiel die deutsche Sozialversicherung 1923 nahezu vor dem Zusammenbruch. Eigentlich war er sogar bereits eingetreten. Das in der Vorkriegszeit angesammelte Milliardenvermögen der Versicherungsträger der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung ging fast restlos verloren. Beiträge und Leistungen der Sozialversicherung waren wirtschaftlich bedeutungslos geworden. Nur die unter solchen Umständen naturgemäß immer höher anschwellenden Zuschüsse des Reiches verhinderten, daß die Leistungen an die Versicherten nicht zur Einstellung gelangten. Der Kreis der Fürsorgebedürftigen dehnte sich durch das Hinzukommen der Kriegs- und Inflationsgeschädigten gewaltig aus und wurde weiter durch das Hinzukommen eines Millionenheeres von Arbeitslosen vermehrt. Ähnliche Anforderungen wurden noch zu seiner Zeit gestellt. Sie zeigen, wie ungeheuer groß die Aufgaben sind, die der sozialpolitischen Bearbeitung bedürfen und gelöst werden müssen.

Die von den Sparern und Kleinrentnern gehegten Hoffnungen auf eine Aenderung der Aufwertungsgeetze sind als erledigt zu betrachten. Der angestrebte Volksentscheid über die Aufwertungsfrage desgleichen. Selbst sein Zustandekommen würde daran nichts ändern, da sich die Massen mit dem gegebenen Zustand abgefunden haben und schwerlich in weiterem Umfange für eine Neuaufrollung des Aufwertungsproblems zu gewinnen sind. Der Standpunkt der Reichsregierung zu dieser Frage ist bekannt; sie hält ihre erneute Behandlung aus währungs- und wirtschaftspolitischen Gründen für absolut unmöglich. So vereint sich alles, um die Enttäuschung der Inflationsopfer zu einer vollständigen zu machen. Um so dringender muß gefordert werden, daß den durch die Schuld des Staates wie der besitzenden Klasse verarmten Kreisen auf anderem Wege geholfen wird. Wie groß hier die Not ist, zeigt die erschreckende Zunahme der Selbstmorde von Personen, denen durch die Inflation oder Arbeitslosigkeit die Grundlage ihrer Existenz vernichtet wurde. Die Reichsfürsorgeordnung bietet die Möglichkeit, diesen Armen in ausreichender Weise zu helfen, was offenbar aber nicht immer in dem erforderlichen Umfange geschieht.

Durch die seit der Währungsstabilisierung stattgefundenen Aenderungen der Reichsversicherungsordnung ist es gelungen, die deutsche Sozialversicherung wieder aufzubauen und ihr eine neue sichere Grundlage zu verschaffen, auf der sie sich weiter entwickeln kann. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, auch ihre Verfassung umzugestalten und die von den Arbeitern geforderte Ausdehnung der Selbstverwaltung bei der Sozialversicherung zu verwirklichen. Bis jetzt beschränkt sich diese Selbstverwaltung lediglich auf die Krankenversicherung. Bei der Invaliden- und Angestelltenversicherung haben die versicherten Arbeitnehmer wenig, bei der Unfallversicherung nichts mitzubestimmen. Nach einer Aenderung des Reichsarbeitsministers im Ausschluß der rheinischen Zentrumspartei will die Regierung der Sozialversicherung eine andere Verfassungsgrundlage geben und hält sie es für durchführbar, den versicherten Arbeitern die Selbstverwaltung der gesamten Sozialversicherung zu übertragen. Das klingt sehr entgegenkommend; denn seither wurde in der Regel die Durchführungsmöglichkeit einer derartigen Regelung bestritten. Wenn die Arbeiter aber darauf warten wollen, bis die Regierung aus eigenem zu einer solchen Aenderung gelangt, so werden sie sich noch in sehr viel Geduld üben müssen. Soll eine schnellere Lösung der Selbstverwaltungsfrage bei der Sozialversicherung stattfinden, so dürfen es die Arbeiter nicht an dem dazu erforderlichen Nachdruck fehlen lassen. Die voraussichtlich noch in diesem Jahre stattfindenden Vertreterwahlen für die Sozialversicherung bieten ihnen Gelegenheit, in diesem Sinne tätig zu sein.

Mit der Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Arbeiter in engster Verbindung steht die Frage einer Zusammenfassung und Vereinheitlichung der sozialen Versicherung. Die Aenderung der Verfassung allein würde nur ein ungenügendes Stückwerk schaffen und den gegenwärtigen Zustand des fortgesetzten Herumflüdens an den sozialen Versicherungsgeetzen nicht beseitigen. Dahin müssen wir aber einmal, und zwar möglichst bald kommen; denn die gegenwärtigen Verhältnisse des andauernden Aenderns werden allmählich unerträglich. Schon seit langem wissen die Versicherten nicht mehr, welche Rechte und Pflichten ihnen auf Grund der sozialen Versicherungsgeetzegebungen zustehen. Auf dem 30. deutschen Krankenkassentag in Düsseldorf bezeichnete zwar der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes die deutsche Sozialversicherung als die unbestritten beste der Welt. Dieses Lob dürfte jedoch sehr eingeschränkt zu werten sein, wenn nicht etwa die berühmten Vorzüge darin bestehen, daß die deutsche Sozialversicherung an Unübersichtlichkeit von keinem andern Lande übertroffen wird.

Eine der dringendsten sozialen Aufgaben besteht in der endlichen Schaffung eines einheitlich zusammengefaßten Arbeitsrechts und gesetzlichen Arbeiterschutzes. Beides ist lange genug in Aussicht gestellt, daß man die endliche Verwirklichung der den Arbeitern gemachten versaffungsmäßigen Versprechungen fordern darf. Angeblich geht der große

Einheitsarbeiterschutzesentwurf im Reichsarbeitsministerium seiner Vollenbung entgegen. Der Entwurf soll alle in der Gewerbeordnung zerstreuten Arbeiterschutzesbestimmungen zu einem einheitlichen System zusammenfassen. Die dahingehenden Anfündigungen sind unklar; denn der gesetzliche Arbeiterschutz ist nicht nur auf die Gewerbeordnung beschränkt, sondern findet sich außerdem noch in einer ganzen Anzahl anderer Gesetze, wie Bürgerliches Gesetzbuch, Handelsgesetzbuch, Arbeitszeitverordnung, Winnschiffahrtsgesetz usw., zerstreut. Es muß deshalb gefordert werden, daß das neue Gesetz eine Zusammenfassung des gesamten Arbeiterschutzes bietet.

Die gleiche Dringlichkeit besteht für die Durchführung des Arbeitsgerichtsgesetzes und nicht minder für die Arbeitslosenversicherung. Nicht zu bestreiten ist, daß die Einführung der Arbeitslosenversicherung bei der noch immer bestehenden außerordentlich großen Arbeitslosigkeit erheblichen Schwierigkeiten begegnet. Um so mehr ist deren energische Bekämpfung erforderlich. Der dazu unternommene Vorstoß scheint leider schon in seinen Anfängen zu erlahmen. Das von der Reichsregierung in Aussicht genommene Arbeitsbeschaffungsprogramm sah vor, etwa 500 000 Arbeiter in Beschäftigung zu bringen. Nach den Verhandlungen der im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen großen Arbeitsbeschaffungskonferenz ist nur noch von der Beschäftigung von 200 000 bis 300 000 Arbeitslosen die Rede und soll es sich auch hierbei nur darum handeln, eine möglichst große Fluktuation unter den Arbeitslosen aufrechtzuerhalten, das heißt eine entsprechend große Zahl von Arbeitslosen vorübergehend zu beschäftigen. Auf diese Weise bleibt das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung nur ein recht unzureichender Notbehelf, der an der vorhandenen Massenarbeitslosigkeit sehr wenig zu ändern verspricht. Soll eine dahingehende Aenderung der schlechten Wirtschaftslage eintreten, dann sind größere Anstrengungen erforderlich. Insbesondere ist ohne eine großzügige Notstands- und Siedlungspolitik, ohne eine rücksichtslose Einwirkung auf die preisvertuernde, die innere Kaufkraft vernichtende Kartell- und Lohnpolitik der Unternehmer und Unternehmerverbände nicht auszukommen. Dazu geht aber der Regierung sowohl der Wille wie die Fähigkeit ab. Vor lauter Rücksichten auf die Interessen des Unternehmertums wie der Besitzenden vermag sie sich zu einem tatkräftigen Handeln nicht aufzuraffen. Es wird weitergewurkelt!

### Unverschämtheiten.

Gegen die staatliche Unterstützung der Erwerbslosen laufen die Scharfmacher in Deutschland schon seit einer Reihe von Jahren Sturm. Ihr Bestreben zielt dahin, die für Erwerbslosenfürsorge aufgewendeten Staatsmittel ihren Betrieben zugänglich zu machen. Dadurch könnten, so argumentieren sie, die an sich unproduktiven Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge in wirtschaftliche Werte umgewandelt werden. Das ist ein bestechendes Argument der Unternehmer; man muß jedoch wissen, von welchen Absichten sie sich bei der Erhebung dieser Forderung leiten lassen. Sie wollen zunächst in irgendeiner Form in den Besitz von Staatssubventionen kommen. Was während und nach der Zeit des Ruhrkonfliktes an der Tagesordnung war, soll zum System erhoben werden. In Wirklichkeit ist der Kampf gegen die Erwerbslosenfürsorge weiter nichts als ein Kampf der Unternehmer um Staatssubventionen, mit deren Hilfe sie ihre zum Teil rückständigen Betriebe über Wasser halten wollen. In diesem Kampf ist ihnen scheinbar jedes Mittel recht. Bald werden die Winger vor das Berncastler Finanzamt geschickt, um den dortigen Behörden zu „beweisen“, daß Staatssubventionen nötig sind, bald vernimmt die erstaunte Welt, daß die „Wirtschaftsführer“ in irgendeiner Ecke in Rheinland-Westfalen Stellung genommen haben zu der überaus traurigen Lage der gänzlich daniederliegenden Wirtschaft, zu deren „Ankurbelung“ vor allen Dingen genau wie im englischen Kohlenbergbau Staatssubventionen nötig seien. Eine andere Gruppe der Großindustriellen beweist, daß es nur mit Hilfe von Staatssubventionen möglich sei, dem Dumping jener Industriestaaten, die unter dem Währungszerfall leiden, auf dem Weltmarkt entgegenzutreten. Wieder andere führen den Nachweis, daß ihr Betriebskapital nicht ausreicht, um die Bestellungen der russischen Sowjetregierung auszuführen zu können; ergo muß der Staat eingreifen und Kredite gewähren. Wieder andere machen glaubhaft, daß die daniederliegende Schiffbauindustrie nur gehoben werden und den Konkurrenzkampf mit andern Nationen nur dann erfolgreich führen kann, wenn diesem Wirtschaftszweig Staatssubventionen zugeführt werden. Einem Teil der landwirtschaftlichen Produzenten hat man bereits Staatssubventionen in Form der Agrarsubventionen zugebilligt. Die andern versuchen ihr Glück auf andere Art und führen den Kampf mit der Reichsregierung um die verschiedensten Formen von Staatssubventionen. Weil die Gewerkschaften mit allen Mitteln die Absichten der Unternehmer in dieser Frage bekämpfen, deshalb Kampf den Gewerkschaften, Kampf der von ihnen vertretenen Politik, deren Ziel die auskömmliche Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter ist. Fast jeden Tag beweist die Jugenbergspreffe oder die Presse der schwerindustriellen Scharfmacher, vor allem die „Deutsche Bergwerkszeitung“, daß es höchste Zeit sei, die Erwerbslosenfürsorge auf eine andere Grundlage zu stellen. Gerade die bei jeder Gelegenheit Gift und Galle nach den Gewerkschaften spendende, mitunter geradezu hysterisch geifernde „Deutsche Bergwerkszeitung“ gibt in diesem Kampf gegen die Gewerkschaften und deren Politik den Ton an. In ihrer Nummer vom 10. August läßt sie unter der Stichmarke „Soll es so weitergehen?“ einen „Arbeiter“ zu Worte kommen, der natürlich ganz im Sinne der „Deutschen Bergwerkszeitung“ gegen die Erwerbslosenunterstützung vom Leber zieht und zeigt, daß nur die Gewerkschaften in Gemeinschaft mit der Reichsregierung schuld seien, daß mit den Erwerbslosen solche Rücksicht genommen wird. „Die deutsche Arbeiterschaft“, so läßt die „Deutsche Bergwerkszeitung“ ihren „Arbeiter“ schreiben, „hat eben noch gar nicht begriffen, was mit unserm verarmten Vaterlande eigentlich los ist. Und diejenigen, die am ehesten berufen sein sollten, die



Arbeiterchaft hierüber aufzuklären, ich meine die Gewerkschaften, unterlassen dieses mit voller Absicht." In einer geradezu niederträchtigen Weise werden die Erwerbslosen, deren jede Möglichkeit fehlt, Arbeit zu finden, verhöhnt. „Aber auch die Regierung scheint noch nicht begriffen zu haben, um was es sich handelt. Sonst würde man nicht Leute, die längst als notorische Faulenzer erkannt sind, noch unterstützen. Man kann heute — so heißt es weiter — „leider die Beobachtung machen, daß von den Erwerbslosen, und nicht immer nur von den jugendlichen, die Arbeit geflissentlich gemieden wird. Man ist sehr wählerisch geworden. Mancher Betriebsführer kann ein Lied hiervon singen. Man sollte doch meinen, daß ein Mensch, der 2 Jahre und noch länger arbeitslos ist, jede Arbeit annehmen sollte. Aber dem ist nicht so.“ Aber die grenzenlosen Gemeinheiten des „Arbeiter“ der „Deutschen Bergwerkszeitung“ gehen noch weiter:

„Arbeit adelt! Diese Erkenntnis ist vollständig verlorengegangen. Es ist doch, ganz besonders vom Standpunkt unserer bedrängten Lage aus betrachtet, ganz einerlei, welche Arbeit man macht. Die Arbeit des Abortkubelreinigers ist doch, vom sittlichen Standpunkt aus betrachtet, genau so wertvoll, wie die des besten Hauers. Gewiß, vor dem Kriege konnte man es sich leisten, die Arbeit sich auszusuchen. Das ist heute vorbei. Führt die Regierung in dem bisherigen Schlandrian (etwas anderes ist es nicht) weiter, dann mag sie sich bald ans Bauen von Arbeitshäusern begeben.“

Daß diese Verhöhnung der Erwerbslosen und die Beschimpfung der Gewerkschaften ausdrücklich von der „Deutschen Bergwerkszeitung“ gebilligt werden, beweist der Nachsatz der Schriftleitung zu dieser Veröffentlichung, worin es heißt:

„Es gereicht uns zur Genugtuung, daß wir gerade auch aus Arbeiterkreisen solche lebhaft und spontane Zustimmung zu unserm Programm der Arbeitsbeschaffung erhalten. Derartige Zuschriften beweisen, daß auch die Arbeiter mehr und mehr die Politik der Gewerkschaften und Parteien mit kritischen Augen zu betrachten beginnen. Die Schriftleitung.“

Die ganze Aufmachung zeigt, welche Mittel heute die Kapitalisten anwenden, um die Bestrebungen der Gewerkschaften, die Not der Erwerbslosen zu lindern, zu bekämpfen. Wer die Subventionspolitik der Industriegewaltigen nicht unterstützt, wird mit allen nur erdenklichen Mitteln bekämpft. Die ganze Art, mit der jene Kreise vorgehen, einerlei, ob es sich um die Gewährung einer Staatssubvention oder um die Bekämpfung der Erwerbslosenfürsorge handelt, gleicht kapitalistischen Unverschämtheiten, die nicht zu überbieten sind.

### Befreiung von der Hauszinssteuer.

Durch die langanhaltende Erwerbslosigkeit werden auch die betroffenen Lohn- und Gehaltsempfänger nicht immer in der Lage sein, die Wohnungsmiete pünktlich zu zahlen. Der auf der Wohnung lastende Teil der Hauszinssteuer, der ab 1. Juli 1926 40 % der Vorkriegsmiete beträgt, kann in folgenden Fällen gestundet und erlassen werden:

1. Bei Mietwohnungen oder Teilen von Mietwohnungen,

a) soweit deren Nutzungsberechtigte und die ihren Haushalt teilenden Familienangehörigen zusammen nachweisbar einen Arbeitslohn oder ein sonstiges Einkommen von nicht mehr als 1200 M (jährlich) beziehen. Sind neben dem Nutzungsberechtigten und seiner Ehefrau andere Familienangehörige vorhanden, so erhöhen sich die 1200 M für jeden dieser Familienangehörigen um je 100 M;

b) sofern Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, die eine öffentliche Unterstützung oder eine Zusatzrente erhalten, oder Erwerbslose oder andere bedürftige Personen (namentlich kinderreiche Familien), die die volle gesetzliche Miete nicht zahlen können, Mieter sind;

c) wenn die Einziehung der entsprechenden Mietbeträge dem Eigentümer nach Lage der Sache nicht möglich oder mit Schwierigkeiten verbunden ist, die dem Eigentümer nach den Umständen nicht zugemutet werden können.

2. Bei Eigenwohnungen, falls der Eigentümer wegen einer vorübergehenden oder dauernden wirtschaftlichen Notlage zur Zahlung der Steuer nicht in der Lage ist oder die Voraussetzungen unter 1a und b gegeben sind.

3. Bei gewerblich benutzten Gebäuden, deren Räume durch Betriebsbeschränkungen, ungünstigen Geschäftsgang oder infolge schlechter Saison gegenüber der Vorkriegszeit erheblich geringer ausgenutzt werden.

Die Steuer ist niederzuschlagen, wenn Mieträume ohne Verschulden des Eigentümers leerstehen.

Die auf einen gewerblichen Raum entfallende Steuer ist, wenn der Eigentümer den gewerblichen Raum in Wohnungen umwandelt, infoweit niederzuschlagen, als die Wohnungsmiete niedriger bemessen ist als die gewerbliche Miete.

Die Mehraufwendungen für Zinsen bei Aufwertung über 25 % (Restlaufgeldforderungen) sind verhältnismäßig zu stunden und niederzuschlagen.

Die Anträge auf Befreiung von der Hauszinssteuer sind an das zuständige Finanzamt zu richten. Bei Anträgen auf Stundung oder Niederschlagung sind die Einkommensnachweise des letzten Jahres vorzulegen, die laufenden Einnahmen anzugeben und die Bescheinigungen der Ortsbehörde oder Wohlfahrtsämter beizufügen. Bis zur Erledigung der Anträge muß jedoch die Steuer gezahlt werden. Sie wird auf die später zu leistenden Beiträge angerechnet oder zurückgezahlt.

## Internationale Nachrichten.

**Aus Schweden.** Der schwedische Bauholzarbeiterverband (Svenska Byggnadsträarbetareförbundet) hielt in den Tagen vom 26. bis 30. Juli dieses Jahres in Stockholm seinen Kongress ab. 153 Delegierte nahmen daran teil. Für deutsche Begriffe erscheint diese Vertretung für

einen Verband von reichlich 12000 Mitgliedern sehr stark; nicht so für schwedische Begriffe. Hier hat der Kongress noch insofern eine besondere Bedeutung, als er die einzige Gelegenheit zu einer allgemeinen Erörterung der vielfachen Probleme bietet, die auch die Gewerkschaften Schwedens beschäftigen, denn über eine Zeitung verfügt der Verband bislang nicht. — Von ausländischen Organisationen waren vertreten die Internationale Holzarbeiterunion, der Deutsche Holzarbeiterverband, der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, der Dänische Zimmererverband, der Dänische Sägereiarbeiterverband, der Norwegische Bauholzarbeiterverband sowie der Finnische Bauarbeiterverband.

Der Schwedische Bauholzarbeiterverband ist eine noch junge Organisation. Bis vor drei Jahren gehörten die Bauholzarbeiter dem Industrieverband der Holzarbeiter an. Die Trennung ist aus mehrfachen Gründen erfolgt. Einmal mögen es die unterschiedlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewesen sein. Die Bauholzarbeiter hatten als Saisonarbeiter mehr unter Arbeitslosigkeit zu leiden, als die in der Holz- und Möbelindustrie beschäftigten Schreiner und Maschinenarbeiter. Andererseits waren die Bauholzarbeiter bei ihren zahlreichen

**Kameraden! Rüstet zu den Vorarbeiten für die Internationale gewerkschaftliche Werbeweche; sie sind die Voraussetzung für den Erfolg; der Erfolg aber muß so groß wie möglich sein!**

Lohn- und Arbeitskonflikten auf die Unterstützung der übrigen Arbeitergruppen des Verbandes angewiesen, so dass bei einem Teil derselben die Auffassung entstand, sie hätten für die Bauholzarbeiter die Unkosten aufzubringen. Aus diesen und noch andern Gründen reifte der Wille zur Trennung. Der Bauholzarbeiterverband vereinigt alle im Hausbau beschäftigten Zimmerleute und Schreiner; beide Arbeitsarten stellen übrigens auf dem Lande einen einheitlichen Beruf dar, eine Scheidung gibt es nur in den Städten. Der Holzindustriearbeiterverband umfasst Möbelschreiner, Maschinenarbeiter sowie noch einige kleinere Gruppen der Holzindustrie. Der an Mitgliedern stärkste Verband von beiden ist zur Zeit der Bauholzarbeiterverband. Beide Verbände haben nach der Trennung an Mitgliedern wesentlich zugenommen. Der Bauholzarbeiterverband konnte seine Mitgliederzahl von Beginn 1924 bis Ende 1925 von 8728 auf 12178 steigern, der Holzindustriearbeiterverband von etwa 7400 auf 11 000. Der Stand der Finanzen beider Organisationen ist günstig, der des Bauholzarbeiterverbandes günstiger als der des Holzindustriearbeiterverbandes; letzterer hatte im Vorjahre zahlreiche Konflikte zu führen.

Die Organisationsfrage, die, wie die vorstehenden Zeilen verraten, auch in Schweden eine Rolle spielt, hat inzwischen auch den Kongress der schwedischen Gewerkschaften (Landessekretariat) beschäftigt. Der Kongress hat sich für das Industrieverbandsprinzip entschieden und beschlossen, dass die praktische Verwirklichung dieses Prinzips mit Ausgang 1924 erfolgt sein müsse. Danach sollten die Bauholzarbeiter mit den Maurern und Hilfsarbeitern eine gemeinsame Organisation bilden, die alle Arbeiter umfassen sollte, die von den Wohnungsbauarbeiten ausführenden Baumeistern und Unternehmern direkt eingestellt werden. — Der Beschluss des Landeskongresses, die Durchführung des Industrieverbandsprinzips betreffend, hat nicht verwirklicht werden können. Eine Reihe von Gewerkschaften haben sich dagegen gewehrt. Durch allgemeine Abstimmung hat auch der Bauholzarbeiterverband es abgelehnt, diesem Beschlusse zu entsprechen und seine Tätigkeit fortzusetzen beschlossen. An diesem Standpunkt hielt nach lebhafter Debatte auch der Kongress fest. Er forderte für die Holzarbeiter völlige Freiheit, sich so zu organisieren, wie es ihren Interessen am besten entspreche, ohne dass andere Gruppen dadurch Schaden erleiden. Fragen wie die der Verschmelzung der Bauholzarbeiter, Maurer und Hilfsarbeiter müssten eigene Angelegenheit der betreffenden Organisationen sein. Das Landessekretariat wird ersucht, Rücksicht auf die Stellung der einzelnen Verbände zu nehmen und von Zwangsmaßnahmen irgendwelcher Art abzusehen. Nach wie vor sprach sich der Kongress für ein solidarisches Zusammenarbeiten der beteiligten Arbeitergruppen aus, gleichviel welchem Verbände sie angehören. Das gilt insbesondere bei Streiks und Arbeitskämpfen.

Ein wichtiger Verhandlungsgegenstand des Kongresses war die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Sie stieß auf keinerlei Schwierigkeiten, ihre Notwendigkeit wurde allgemein anerkannt. Der Kongress stimmte grundsätzlich der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu, unter besonderer Betonung aber der Pflichten des Staates gegen die Arbeitslosen. Eine staatliche Arbeitslosenunterstützung besteht in Schweden nicht, sondern nur eine Art Notfallunterstützung. Die endgültige Entscheidung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verbands soll durch allgemeine Abstimmung herbeigeführt werden. Eine Zweidrittelmehrheit wird für die Einführung verlangt. Zustimmungsfalls werden die Beiträge an die Arbeitslosenkasse vom 1. April 1927 erhoben. Die Unterstützung tritt mit dem 1. Juli 1929 in Kraft. — Für die streikenden Steinarbeiter in Schweden wurden 5000 Kronen bewilligt.

Ein kurzes Wort über den Kongress selbst. Die Kongressteilnehmer übten eine musterhafte Disziplin. Für den Leiter der Verhandlungen — die vom Kongress dazu besonders gewählten Vorsitzenden wechseln ab — ist es zeitweilig nicht leicht, die Meinung des Kongresses in dieser oder jener Frage festzustellen, denn auf seine

Anfrage schallt aus der Versammlung von denen, die einem Vorschlage oder Antrage zustimmen wollen, ein Ja, von den Gegnern ein Nein. Je nachdem nun, ob das Ja oder das Nein kräftiger ist, fällt der Vorsitzende die Entscheidung. In ganz zweifelhaften Fällen wird durch Armaufheben abgestimmt. Diese Praxis ist so gut eingeübt, dass nicht ein einziges Mal aus dem Kongress gegen den Entscheid des Vorsitzenden opponiert wurde. — Der nächste Kongress wird 1930, ebenfalls in Stockholm, stattfinden.

## Verbandsnachrichten.

### Unsere Lohnbewegungen.

**Eine gerichtlich anerkannte Bausperrre in Spandau (Zahlstelle Berlin).** Unsere Zahlstelle Berlin mußte eine im Mai dieses Jahres über die Firma Schlüchke in Spandau wegen Einführung von Akkordarbeit verhängte Sperrre auf Grund einer einstweiligen gerichtlichen Verfügung aufheben. Sie erhob hierauf Gegenklage vor dem Landgericht. Das Landgericht hat nun, wie wir der „Roten Fahne“ entnehmen, die einstweilige Verfügung aufgehoben und bestätigt, daß die Sperrre zu recht bestand. Nachdem die Firma der Forderung unserer Kameraden auf Wiedereinstellung der Gemahregelken bisher nicht entsprochen hat, besteht die Sperrre weiter.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Wittorf.** Am 3. August fand eine Mitgliederversammlung statt, an der auch ein Vertreter des Gewerkschaftsverbandes, Kamerad Hemann, teilnahm. Leider war die Versammlung nur schwach besucht. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß der Versammlungsbesuch in Zukunft besser werden müßte. Alle Kameraden müßten die säumigen Kameraden aufrütteln, Kamerad Krißke gab den Kassenbericht vom 2. Quartal. Dem Antrag auf Entlastung wurde stattgegeben. In der Mitgliederbewegung zeigte sich, daß die Zahl der unorganisierten Gefährten außerordentlich groß ist. In längeren Ausführungen behandelte dann Kamerad Hemann das Erwerbslosensproblem. Die Stadverwaltung habe bisher recht wenig zur Linderung der Not unter den Erwerbslosen und für die Hebung der Bautätigkeit getan. Es wurde beschlossen, gemeinsam mit dem Ortsausschuß an die Stadverwaltung heranzutreten, damit eine größere Bautätigkeit entfaltet wird. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Cassel.** Am 30. Juli fand bei Wittrod unsere Mitgliederversammlung statt. Kamerad Siebert gab den Geschäftsbericht über das abgelaufene Halbjahr 1926. In seinen Ausführungen schilderte er die trostlose Lage des Arbeitsmarktes und hob besonders die Verhältnisse in den ländlichen Gebieten hervor, wo die Bauarbeiten vollständig darniederliegen. Weiter berichtete er über das Ergebnis der Lohnverhandlungen für das Lohngebiet Cassel und Melsungen. Er schilderte die Schwierigkeiten, die sich bei der Regelung der Arbeitsbedingungen mit der Arbeitsgemeinschaft für die Kreise Gudensberg, Frillar, Homberg, Biegenhain und Kirchhain ergaben. Es mußten insgesamt 3 Verhandlungen stattfinden und 2 Schiedsprüche gefällt werden, um die Regelung der Löhne durchzusetzen. Die Unternehmer forderten 25 % Lohnabbau, der jedoch im Schiedspruch auf 5 % festgesetzt wurde. In weiteren Verhandlungen wurden die Lohngebiete in drei Lohngruppen eingeteilt, die Lohnfrage blieb jedoch offen. Am 10. Juni fand eine Sitzung des Schlichtungsausschusses Marburg statt, der einen einstimmigen Schiedspruch fällte, wonach in der Lohngruppe Gudensberg 77 %, für Frillar und das Amtsgericht Vorken 75 %, für die Kreise Biegenhain, Kirchhain und Homberg 71 % festgelegt wurden. Da die Unternehmer auch diesen Schiedspruch ablehnten, wurde die Verbindlicherklärung beantragt. In seinen weiteren Ausführungen schilderte er die Organisationsverhältnisse in den ländlichen Gebieten. Hier sei noch umfangreiche Arbeit zu leisten, um den letzten Zimmerer für die Organisation zu gewinnen. Kamerad Siegner gab den Kassenbericht vom 1. und 2. Quartal. Dem Antrage der Revisoren, dem Kassierer und dem Vorstand Entlastung zu erteilen, wurde stattgegeben. Da die Belege und die Kassenbücher in bester Ordnung waren, erfolgte einstimmige Entlastung. Kamerad Schab berichtete über die Tätigkeit der Bauarbeiterschkommmission und wies auf die Bestrebungen hin, die darauf abzielen, das Leben und die Gesundheit der Bauarbeiter zu schützen. Da Kamerad Beck seinen Posten als zweiter Vorsitzender niedergelegt hat, erfolgte eine Neuwahl, bei der Kamerad Stange zum zweiten Vorsitzenden gewählt wurde.

### Baugewerbliches.

**Die Inanspruchnahme des Wohnungsbaufkredits.** Daß dem Wohnungsbau mit Zwischenkredit allein nicht gebient ist, beweist die überaus geringe Inanspruchnahme dieser Kreditform, die ursprünglich nach einem Jahre wieder zurückgezahlt werden sollte. Von dem gesamten 200-Millionen-Kredit sind bekanntlich 190 Millionen Mark für den privaten Wohnungsbau bestimmt und zunächst 100 Millionen Mark bereitgestellt; aber erst etwa 40 Millionen Mark tatsächlich zur Verfügung gestellt und nur 7 Millionen Mark abgerufen worden. Das liegt zum Teil daran, daß der ganze Kredit eine Rückdeckung der Länder darstellt, die, soweit ihre eigenen Mittel reichen, Darlehen geben können, ohne daß das Reich davon betroffen wird. Eine weitere Ursache für die verhältnismäßig geringe Beanspruchung ist der Kapitalmangel der Bauauftraggeber, die naturgemäß auch nicht ganz ohne eigene Mittel Bauen aufstellen können, für die der Reichskredit und die Hauszinssteuerhypothek lediglich Beihilfen sein sollen. Weiterhin war die jetzige Darlehensfrist von einem Jahre zu kurz, weil sie dazu nötige, daß die Verwaltungsstellen den Kredit bereits nach 9 Monaten zurückverlangten. Die Abänderung des Gesetzes vom 1. Juli 1926 dehnt nunmehr die mögliche Rückzahlungsfrist auf 3 Jahre aus. Damit ist ein großes Hemmnis beseitigt.



Leider sind die dem Baugewerbe zur Verfügung stehenden Mittel immer noch zu gering, um die Wohnungsbautätigkeit so zu fördern, wie es in Anbetracht der großen Erwerbslosigkeit im Baugewerbe notwendig wäre.

**Eine deutsch-russische Baugesellschaft.** Unter dem Wohnungselend leidet nicht nur die Arbeiterbevölkerung Deutschlands, sondern in fast allen Staaten Europas ist die Wohnungsbautätigkeit während des Krieges stark zurückgegangen, so daß in den meisten Ländern heute ein starker Wohnungsmangel besteht. Zur Beseitigung dieses Uebelstandes wurden von den Regierungen schon die verschiedensten Maßnahmen getroffen. Auch die russische Sowjetregierung ist bestrebt, das Wohnungselend in den industriellen Gebieten zu beseitigen. In erster Linie zur Errichtung von Arbeiterwohnhäusern wurde laut „Edo“ von dem Zentroschiljosus (Zentral-Wohnungsverband) und einer deutschen Firma P. Kessel & Co. der „Ausgerstrog“, Deutsch-Russische Baugesellschaft, mit 6 Millionen Rubel Kapital gegründet, wovon die beiden Gründer 1926 300 000 Rubel und 1927 200 000 in bar oder in Baumaterialien bezahlen. 1 1/2 Millionen Rubel Aktien werden der deutschen Firma für die Ausnutzung ihrer Patente und die Organisation der technischen Ausführung angedreht, während der Zentroschiljosus den gleichen Aktienbetrag umsonst erhält. Die Einzahlung auf die restlichen je 1 Million Aktien muß bis 1930 erfolgen. Die neue Gesellschaft soll in Rußland für ihren Bedarf Zement-, Holzbearbeitungs- und Glasfabriken errichten. Die Baukosten von Wohnhäusern in Moskau werden auf 20 bis 25 Rubel pro cbm veranschlagt.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

#### Internationale gewerkschaftliche Werbeweche.

Am 21. August 1926 besteht die gewerkschaftliche Internationale 25 Jahre. Jubiläen von Organisationen der Arbeiterbewegung sind uns niemals nur ein Anlaß zu betrachtender Rückschau und zur Veranstaltung festlicher Akte, sondern stets vielmehr Gelegenheit zur Sammlung der Kräfte für neue Kämpfe. Daher wird zur Erinnerung an die Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in allen Ländern der Internationale eine Werbeweche veranstaltet. Ausersehen ist dafür die Woche vom 13. bis 19. September, da die sommerliche Zeit, in die das Jubiläumsdatum fällt, weniger dazu geeignet wäre.

Auch die deutschen Gewerkschaften werden diese Werbeweche, die sich infolge ihres internationalen Charakters zu einem Wettbewerb der nationalen Bewegungen auf dem Gebiete der Werbetätigkeit gestalten wird, durchführen. Versammlungen der Verbände und Rundgebungen der Ortskartelle werden an den am besten dazu geeigneten Tagen stattfinden, aber das wichtigste Mittel der Werbung wird auch diesmal die stillere Hausagitation und die Agitation in den Betrieben sein. Diese Methoden haben sich immer wieder als die erfolgreichsten bewährt.

Das bedeutet, daß die wichtigste Aufgabe in dieser Werbeweche den Funktionären in den Betrieben und den Mitgliedern zufällt. Sie dürfen es in dieser Woche noch weniger als sonst in der Agitation bei dem bewenden lassen, was von den Ortsverbänden, Ortsausschüssen, Bezirksleitungen und Zentralvorständen geschieht. Diese Stellen werden sie mit Material versorgen und insbesondere den Funktionären rechtzeitig Fingerzeige für die Agitation geben. Aber dennoch muß sich jedes Mitglied, Mann und Frau, selber kräftig rühren. Schon jetzt müssen sich alle auf die bevorstehende Arbeit vorbereiten. Alle müssen sich, angespornt von ihrer Ueberzeugung vom Wesen und Wert gewerkschaftlichen Wirkens, selber wieder einmal vertiefen in die Gedankengänge unserer Bewegung und sich aus eigenem Können das Material hergegenwärtigen, das zur Verwendung in der persönlichen Werbung geeignet ist, das Ueberzeugungskraft besitzt und der Widerrede der Umworbenen standhält. Wir müssen ja auf jeden Widerspruch gefaßt sein. Und da gilt es nicht, große, wohlgeheißene Reden zu halten, sondern bereit und in der Lage zu sein, auf jeden Einwand einen neuen Grund für die Erwerbung der Mitgliedschaft folgen zu lassen.

Und dann darf es vom 13. bis 19. September keine Ruhe geben, bis das Menschenmögliche getan ist. Kameraden, haltet Euch die Bedeutung der Aktion vor Augen, denkt daran, daß gleichzeitig mit uns in allen Ländern alle unsere Genossen in dem gleichen Streben bemüht sind: dem Streben, Macht und Größe ihrer Organisation zu mehren! Dann wird niemand von uns zurückstehen wollen.

(IGB.) **Unterstützungaktion für England.** Die am 5. bis 6. August in Amsterdam abgehaltene Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes befaßte sich eingehend mit der Lage in England und den zugunsten der englischen Kameraden durchgeführten Hilfs- und Unterstützungaktionen. Im Namen der englischen Gewerkschaften dankte Purcell für die vom IGB. und den angeschlossenen Landeszentralen unternommenen Schritte.

Der Vorstand nahm die zwischen dem Generalrat des britischen Gewerkschaftsbundes und dem Sekretariat des IGB. geführten Verhandlungen zur Kenntnis.

Ferner wurde mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß, abgesehen von dem durch Sammlungen aufgebrauchten großen Betrag zur Unterstützung des Generalrats in England dem britischen Gewerkschaftsbund noch eine sehr bedeutende Summe als Anleihe zur Verfügung gestellt wurde, um allen Organisationen, die sich an den britischen Generalrat wenden, die nötige Hilfe gewähren zu können.

Auf diese Weise hat der IGB. die britischen Gewerkschaften mit einer Summe von rund 1 1/2 Millionen holländischer Gulden unterstützt.

Schließlich nahm der Vorstand einstimmig mit Befriedigung von den Schritten Kenntnis, die das Sekretariat in Sachen der Unterstützung der Bergarbeiter und der übrigen in die Bewegungen der letzten Zeit verwickelten Organisationen unternommen hat. Der Vorstand hofft, daß die bis jetzt an den Tag gelegte Solidarität auch weiterhin zum Ausdruck kommen wird.

### Genossenschaftsbewegung.

**Die neuen Lebensmittelzölle — Propaganda für die Konsumgenossenschaften.** Vom 1. August ab gelten Lebensmittelzölle, die die wichtigsten Nahrungsmittel gegenüber den bis 31. Juli dieses Jahres ermäßigten Sätzen wie gegenüber den Zollsätzen der Vorkriegszeit in außerordentlichem Maße belasten. Statt Wirtschaftspolitik im Interesse der Gesamtheit zu betreiben, ist es pure Interessenspolitik kleiner Gruppen, welche die Windmühlen der Regierung in Bewegung setzen, so daß, ganz abgesehen von dem Widerstand der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterpresse, auch Blätter von der Bedeutung der „Frankfurter Zeitung“ eine entschiedene Oppositionsstellung einnehmen. Aber wenn das Blatt meint, daß bei dieser Art Zollpolitik „alles auf Kosten einer verständigen, zielbewußten Wirtschaftspolitik, alles zu Lasten der Verbrauchergruppen gehe, die nicht so laut zu schreien vermögen, wie andere Interessenten“, so täuscht man sich wenigstens im letzteren Punkte. Die genossenschaftlich organisierte Verbrauchergruppe hält allerdings vom Schreien nicht viel. Viel mehr vom Handeln. Denn wenn das „Schreien“ zum Erfolge führen würde, dann müßte im Reichstage der Deutschen Republik schon sehr vieles anders geworden sein, als es geworden ist. Auch in puncto Zollpolitik. Und gibt es denn eine warnendere Sprache, ein aufreizenderes, wenn auch stummes „Schreien“ als anderthalb Millionen Arbeitsloser, denen für ein neues Winterhalbjahr erhöhte Mehl-, Brot-, Fleisch- und Gemüsepreise ferkelt werden? Und haben nicht die 14 1/2 Millionen Stimmen beim Volksentscheid umsonst „geschrien“? Also Handlung — viel, viel mehr aktive Handlung der Verbrauchergruppen ist besser, als alles Schreien. Denn es nützt. Wenn auch zunächst nur denen, die gemeinsam aktiv handeln. In dieser Beziehung gibt die genossenschaftlich organisierte Gruppe des Volkes — 4 1/2 Millionen Familien der deutschen Konsumgenossenschaften — Beispiele praktischen Wirkens, welche eine lebendige, aktive Propaganda gegen die Lebensmittelzölle bedeuten. Oder glaubt man, es komme „von ungefähr“, wenn der Gesamtumsatz der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg von 90 1/2 Millionen Goldmark im ersten Halbjahr 1925 auf 128 1/4 Millionen im ersten Halbjahr 1926 gestiegen ist? Wobei für 20 1/4 Millionen Mark Waren in den eigenen Betrieben dieses größten deutschen Wirtschaftsunternehmens seiner Art erzeugt wurden gegen 14 1/2 Millionen im ersten Halbjahr 1925. Nichts kommt „von ungefähr“. Es kommt auch nicht vom Schreien. Vom Handeln. So besitzt diese genossenschaftliche Großeinkaufs-Gesellschaft, die das Eigentum von zirka 1000 Konsumgenossenschaften und damit von rund 8 Millionen genossenschaftlich organisierter Verbraucher ist, unter anderem zwei hygienisch und technisch auf das modernste eingerichtete Fleischwarenfabriken in Altona und Elmshorn (Holstein), welche im Jahre 1925 einen Umsatz an Speck, Wurst und Konerven in Höhe von 1 214 560 Kilogramm hatten. Im Jahre 1924 waren es „nur“ 873 136 Kilogramm und 1923 gar erst 725 344 Kilogramm. Außerdem importiert die Großeinkaufs-Gesellschaft Gefrierfleisch für den Bedarf der Konsumgenossenschaften direkt aus Argentinien, und zwar in steigendem Maße, so daß im laufenden Jahre der Monatsumsatz trotz der famosen Kontingentierung, das heißt Einschränkung der Einfuhr, auf 500 000 Kilogramm = 10 000 Zentner gestiegen ist. Die Gefrierfleisch-einfuhr der Großeinkaufs-Gesellschaft für die genossenschaftlich organisierten Verbraucher betrug im Jahre 1922: 1 732 000 Kilogramm, 1923: 730 000, 1924: 3 488 000, 1925: 4 608 500 Kilogramm! Dies ist von ganz besonderer Bedeutung auch deshalb, weil die Konsumgenossenschaften sich an keiner Preistreibeerei beteiligen, sondern durch die Art ihrer Organisation auf vielen Gebieten dieselbe direkt verhindern. In dem Maße also, als die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen und der Umsatz ihrer Mitglieder-Millionen wächst, steigert sich ihr Nutzen und die Rückwirkung auf die Gesamtheit des Volkes und die allgemeine Volkswirtschaft wird evident, das heißt unwiderleglich. Und es ist gar kein Zweifel, daß die neuen Zollsätze auf die wichtigsten Lebensmittel, dazu die Einschränkung der Gefrierfleisch-einfuhr eine wirksamere Propaganda für die Konsumgenossenschaften bilden, als der „Schrei“ nach Gerechtigkeit und Vernunft aus Millionen Röhren. Freilich. Das Bauen Stein auf Stein will manchem nicht gefallen. Es geht dem Gedanken zu langsam. Aber da es schon fertige Gebäude gibt, in die man heutzutage nur noch hineinzugehen braucht, so fällt auch der letzte Grund weg, sich im „Schreien“ statt im Handeln zu betätigen. Ueber 2000 deutsche Konsumgenossenschaften und ihre Großeinkaufs-Gesellschaft stehen bereit, den Verbraucherinteressen Schutz zu gewähren gegen die volkswirtschaftlich und sozial sinnlose Zollpolitik der Regierung — wer will da „schreien“, wenn er sich selber helfen kann? Die Konsumgenossenschaften aber werden dankbar sein für die Propaganda durch die neuen Lebensmittelzölle.

### Literarisches.

**Gegen den Industriefeudalismus!** Gegenwärtige Aufgaben deutscher Wirtschaftspolitik. Referat von Fritz Larnow vor den Funktionären der Gewerkschaften des rheinisch-westfälischen Industriegebietes am 29. März 1926 in Essen. Verlagsgesellschaft des IGB., Berlin 1926. 32 Seiten. Preis 30 s.

Urania, Heft 11, stellt wiederum einen bunten Blütenstrauch wertvollen Materials aus den für jeden fortschritt-

lichen Menschen besonders wichtigen Wissensgebieten der Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre dar. — Bestellungen find an die Urania-Verlagsgesellschaft, Jena, zu richten. Bezugspreis vierteljährlich für Ausgabe A 1,60 M., für Ausgabe B 2,25 M.

### Veranstaltungsanzeiger.

**Montag, den 23. August:**

**Dortmund:** Abends 7 Uhr Unterricht und Besprechung der Lehrlingsabteilung im „Thüringer Hof“, Ecke Wallinford- und Uhlendstraße.

**Dienstag, den 24. August:**

**Königsberg:** Abends Lehrlingsversammlung im Gewerkschaftshaus.

**Donnerstag, den 26. August:**

**Brandenburg a. d. S.:** Abends 7 1/2 Uhr im Volkshaus.

**Freitag, den 27. August:**

**Coburg:** Nach Feierabend im Volkshaus. — **Rathenow:** Gleich nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

**Sonntag, den 28. August:**

**Aken:** Abends 7 Uhr im Gasthaus „Stadt Hamburg“. — **Arnswalde:** Abends 8 Uhr im „Goldenen Löwen“. — **Dortmund, Bezirk Recklinghausen:** Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ferner Straße. — **Hamburg, Bezirk Bergedorf:** Abends 7 1/2 Uhr im Lokal „Deutsches Haus“. — **Pattinnen a. d. R.:** Abends 7 Uhr bei Bieth, Sprothhöveler Straße. — **Rienburg a. d. W.:** Abends 8 Uhr im Vereinslokal bei Pentel. — **Wanne:** Abends 7 Uhr bei Kumpmann, Schulstraße. — **Witten i. W.:** Abends 7 Uhr bei Rüttemeyer, Ardystraße.

**Sonntag, den 29. August:**

**Altötting:** Vormittags 10 Uhr im Volkshaus Faltermeier, Neudtting. — **Altötting, Bezirk Simbach:** Vormittags 9 1/2 Uhr im „Stern“ in Simbach. — **Berlinchen:** Im Lokal „Neues Schützenhaus“. — **Bergen a. Nigen:** Nachmittags 3 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“. — **Deimolt:** Vormittags 10 Uhr im Volkshaus, Ecke Paulinen- und Lagerstraße. — **Dortmund, Bezirk Datteln:** Abends 7 Uhr bei Stahlhut, Am Markt. — **Dortmund, Bezirk Unna-Kamen:** Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus in Unna. — **Hagen i. W.:** Vormittags 10 Uhr bei Hohmann, Ecke Kölner und Elbersfelder Straße. — **Neckermünde:** Nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftshaus.

### Anzeigen.

#### Sterbetafel.

**Berlin.** Am 23. Juni starb unser Mitglied, der Kamerad **Franz Schieffer** (Bezirk 3) im Alter von 69 Jahren an Herzschwäche. — Am 26. Juli starb unser Mitglied, der Kamerad **Hermann Lehmann** (Bezirk 24) im Alter von 62 Jahren an Arterienverkalkung. — Am 4. August starb unser Mitglied, Kamerad **Julius Schurig** (Bezirk 20) im Alter von 67 Jahren an Herzschlag. — Am 10. August starb unser Mitglied, Kamerad **Paul Wuttig** (Bezirk 20) im Alter von 59 Jahren an Magenkrebs.

**Bremen.** August Thies starb im Alter von 59 Jahren an Herzschlag und **Hermann Ahrens** im 42. Lebensjahre an den Folgen der Verwundung im Kriege und an Herzschwäche.

**Chemnitz.** (Bezirk Geyer i. G.) Am 5. August verunglückte tödlich unser Kamerad **Emil Deckert** im Alter von 55 Jahren.

**Ebershausen.** Am 25. Juli starb unser Kamerad **Wilhelm Dunemann II** im 26. Lebensjahre infolge Unglücksfalls.

**Frehan.** Am 16. Juli starb unser Kamerad, der Zimmerpolter **Ernst Wengler** im Alter von 56 Jahren an Gehirnschlag.

**Glückstadt.** Am 31. Juli starb unser Kamerad **Johannes Schmoock** im 52. Lebensjahre an Hirngeschwulst.

**Magdeburg.** Am 17. Juli ist unser Kamerad **Otto Schmidt** im Alter von 20 Jahren beim Baden ertrunken.

**Rotenburg a. d. Fulda.** Am 25. Juli starb unser Kamerad **Hans Wilke** im Alter von 18 Jahren.

**Schlau.** Am 6. Juli starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser langjähriger Kamerad und Mitbegründer unserer Zählstelle, der Kamerad **Friedrich Luther** im Alter von 78 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

**Achtung!** Der Zimmerer **Wilhelm Hahn**, Buch-Nr. 428 899, ist aus der Zählstelle **Treptow** an der Toll. abgereist, ohne seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Kameraden, die mit ihm zusammenarbeiten, werden gebeten, ihn daran zu erinnern und seine Adresse sofort dem Kassierer **Heinrich Witt**, **Treptow a. d. L.**, Bastower Str. 15 d, mitzuteilen. [5,25 M.] **Der Vorstand.**

fremder Zimmerer aus **Ernst Kister**, Tiefenort, sende Deine Adresse nach hier, Halbermond 11, wegen einer dringenden Angelegenheit. [3,75 M.] **Der Vorstand der Zählstelle Tiefenort.**

### Achtung, Kassierer!

Wer den Aufenthalt des Zimmerers **Oskar Scholz**, geboren am 15. März 1906 zu Krumm-Wohlau (Buch-Nr. 319 561), kennt, wird um Mitteilung gebeten. Scholz soll seiner Verpflichtung der Zählstelle Wohlau gegenüber nachkommen. Adresse zu senden an **Paul Burkert**, **Wohlau i. Schl., Feldstr. 8.** [6 M.]